

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 20.09.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Herr Karl-Heinz Kubitzka - B90/GRÜNE

Herr Fritz Bosse - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Henning Jenzen - BIBS

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Fred Maul - CDU

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Frank Täubert - CDU

weitere Mitglieder

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

sachkundige Bürger

Frau Antje Keller - CDU

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Vertreter Behindertenbeirat
Braunschweig e.V.

Gäste

Herr Matthias Fricke - ALBA Braunschweig GmbH

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III
Frau Michaela Springhorn - FBL 65
Herr Klaus Benschmidt - FBL 66
Frau Dr. Franziska Gromadecki - FB 66, AbtL 66.5
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Frau Kathrin Posselt - stv. RefL 0600

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Nicole Palm - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD entschuldigt

Herr Stefan Poehling - SPD entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.08.2016
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Auswirkungen des Verzichts auf ein Mindestbehältervolumen für Restabfallbehälter (Mitteilung außerhalb von Sitzungen 15-00579-02)
 - 3.2 Sitzung des Beirats ALBA vom 18.05.2016 16-03003
 - 3.3 Schulsanierung Lessinggymnasium Braunschweig-Wenden
Heizenergieverbrauch nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme 16-02673
 - 3.4 Abgestellte Altfahrzeuge im Bereich des Hungerkamp 16-02962
 - 3.5 Mündliche Mitteilungen
- 4 Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper, Celler Heerstraße 64, 38114
Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen und Ausbau des Dachgeschosses
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 16-03008
- 5 Neubau Schulsporthalle Lehndorf, St.-Ingbert-Str. 89, 38116
Braunschweig
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 16-02647
- 6 Anfragen
 - 6.1 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.08.2016 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

3. Mitteilungen

3.1. Auswirkungen des Verzichts auf ein Mindestbehältervolumen für Restabfallbehälter (Mitteilung außerhalb von Sitzungen 15-00579-02)

Grundlage der Beratung ist die Mitteilung außerhalb von Sitzungen zu den Auswirkungen des Verzichts auf ein Mindestbehältervolumen für Restabfallbehälter (15-00579-02).

Ratsherr Kubitzka hinterfragt das vorgegebene Mindestvolumen von 10 l pro Person und Woche kritisch; dies führe dazu, dass trotz Mülltrennung und -vermeidung die ‚volle‘ Tonne bezahlt werden müsse. Er regt an, für Haushalte mit nachweislich geringerem Müllvolumen auf Antrag eine kleinere Tonne mit entsprechend geringeren Gebühren bereitzustellen.

Stadtbaurat Leuer begründet die Anwendung eines Mindestvolumens im Gesamtgefüge der Abfallentsorgung. Das Mindestvolumen trage zur durchgängigen Sicherung und Gesamtfinanzierung der Abfallentsorgung bei. Bei einem geringeren Mindestvolumen bestehe die Gefahr, dass aus Kostengründen auf zu kleine Müllbehälter zurückgegriffen werde und überzähliger Abfall im öffentlichen Raum entsorgt werde. Im Vergleich zum Durchschnittsvolumen liege das Mindestvolumen deutlich niedriger. Es sei daher in einem Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig auch als angemessen bestätigt worden.

Ratsherr Dr. Plinke bemängelt, dass mit der Festsetzung eines Mindestvolumens Fehlanreize im Hinblick auf die Trennung und Vermeidung von Restmüll sowie Nutzung der Wertstofftonne verbunden seien. Er hinterfragt den dargestellten Zusammenhang von wilden Abfallablagerungen und dem Mindestvolumen für Restmüll und bittet um weitere Ausführung zu den Mindestvolumen andere Kommunen.

Ratsherr Köster führt das Beispiel einer Baugenossenschaft an, die bei der Umstellung auf das Chip-System zunächst nicht auf die Mindestanzahl von Leerungen hingewiesen hatte. In der Folge wäre Abfall anderweitig entsorgt worden.

Ratsherr Sommerfeld spricht sich dagegen aus, dass bei einer Reduzierung bzw. Abschaffung des Mindestvolumens eine Umlegung auf die größeren Abfallbehälter zu Lasten des Mietgeschosswohnungsbaus erfolge, da das Gesamtabfallaufkommen für den Einzelnen dort nicht steuerbar sei. Er führt die Überlegung eines sog. Grundmodells einschließlich einer bestimmten Anzahl an Leerungen an, bei dem alle darüber hinausgehenden Leerungen zusätzlich abgerechnet werden.

Stadtbaurat Leuer nimmt zu den Fragen und Anregungen der Ausschussmitglieder Stellung.

Der grundsätzlichen Problematik unzureichender Mülltrennung bzw. -vermeidung zu Lasten der Restmülltonne werde durch die kostenfreie und nutzerfreundliche Wertstofftonne gut begegnet. Im Hinblick auf unsachgemäß entsorgten Abfall seien hinreichende Anhaltspunkte für eine Zusammensetzung ähnlich der der Restabfallbehälter gegeben. Kommunen mit einem geringeren Mindestvolumen als Braunschweig seien nicht bekannt; teilweise werden andere Systeme zur Grundabsicherung der Kosten angewandt.

Stadtbaurat Leuer stellt die Vorteile des linearen Gebührensystems heraus. Bei einem Wechsel des Gebührensystems bzw. einer Abschaffung des Mindestvolumens würden sich insbesondere aufgrund des hohen Fixkosten-Anteils insgesamt keine besseren Ergebnisse ergeben. Frau Dr. Gromadecki erläutert ergänzend, dass passgenaue individuelle Lösungen sowohl systembedingt als auch aufwandsmäßig nicht umsetzbar seien; insbesondere seien auch die in den allgemeinen Gebühren enthaltenen Serviceleistungen und Quersubventionierungen zu berücksichtigen.

3.2. Sitzung des Beirats ALBA vom 18.05.2016

16-03003

Herr Fricke von der ALBA Braunschweig GmbH berichtet aus der Beiratssitzung vom 18. Mai 2016 und beantwortet verschiedene Einzelfragen der Ausschussmitglieder.

Die Ausschussmitglieder erörtern das Thema Direktanlieferungsgebühren und deren Anpassung, die Problematik von Fremdanlieferungen sowie mögliche Potentiale zur Kostenreduzierung.

Herr Fricke erläutert, dass sich eine Vereinheitlichung der Fremdanlieferungsgebühren mit den Kommunen des Umlands schwierig gestalten. Hierzu wäre insbesondere ein Abgleich der individuell unterschiedlichen Bestandteile der einzelnen Gebührenkalkulationen erforderlich. Herr Benschmidt ergänzt, dass eine pauschale Gebührenfestsetzung nicht möglich sei, sondern nach den gebührenrechtlichen Maßstäben zu erfolgen habe.

Der Hinweis von Bürgermitglied Steinert zu den Annahmemodalitäten für Bauschutt soll im Rahmen der Neuauflage des Abfallratgebers aufgenommen werden.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Nordheim stellt Herr Fricke dar, dass der Umgang mit der Problematik Plastik in der Biotonne sukzessive verschärft werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Schulsanierung Lessinggymnasium Braunschweig-Wenden Heizenergieverbrauch nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen

16-02673

Ratsherr Maul fragt nach den reinen Sanierungskosten. Er bittet um Mitteilung, in welchem Verhältnis die investierten Kosten zu den jährlichen Einsparungen stehen und wann sich die Maßnahme amortisiert habe.

Protokollnotiz:

Die Investitionskosten für die Fassaden- und Dachsanierung liegen im unteren einstelligen Millionenbereich. Im Verhältnis zu den jährlichen Heizenergieeinsparungen in Höhe von etwa 15.000 € ergäbe sich somit rechnerisch eine energetische Amortisation von weit über 100 Jahren.

Da sowohl die Fassade als auch das Dach abgängig waren, musste die Sanierung dieser Bauteile unabhängig eines energetischen Einsparpotentials ohnehin erfolgen, so dass in diesem Fall nur die Mehrkosten für die Einhaltung des heute zu dem damals geforderten Dämmstandard ins Verhältnis zu den jährlich gesparten Heizkosten gesetzt werden dürften.

Diese Mehrkosten sind allerdings nicht bekannt.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Mehrkosten für die heute zusätzlich geforderte Dämmung - unter Berücksichtigung einer Lebensdauer von etwa 30 Jahren für die Fassadenelemente, Dächer und Fenster - durch die eingesparten Heizkosten energetisch amortisieren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Abgestellte Altfahrzeuge im Bereich des Hungerkamp

16-02962

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Mündliche Mitteilungen

3.5.1. Frau Springhorn informiert über den Abriss der einsturzgefährdeten Remise auf dem Schulhof der BBS V und die hiermit verbundenen Fernwärme-Leitungsarbeiten und Baumfällungen. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass die Maßnahmen auf die Neubau-Arbeiten zur Erweiterung der BBS V abgestimmt seien.

3.5.2. Herr Benscheidt teilt mit, dass der Wildwuchs an der Schunterbrücke beseitigt worden sei.

3.5.3. Stadtbaurat Leuer berichtet zu den Ergebnissen der Überprüfung der Unterdecken. Bis auf die Grundschule Comeniusstraße seien insgesamt keine größeren Sofortmaßnahmen festgestellt worden; die Hallen könnten weiterhin genutzt werden. Allerdings müssten in den kommenden Jahren viele Unterdecken altersbedingt ausgetauscht werden. Hierfür seien ab 2017 wesentliche Investitionsmittel erforderlich. Durch eine konzeptionell-strukturierte und aufeinander abgestimmte Maßnahmenplanung sollen die Nutzereinschränkungen möglichst gering gehalten werden.

4. Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper, Celler Heerstraße 64, 38114 Braunschweig Brandschutzmaßnahmen und Ausbau des Dachgeschosses Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

16-03008

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zu Einzelheiten des Brandschutzes.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 15.07.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 23.08.2016 auf insgesamt 689.600 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

Stadtbaurat Leuer erläutert die Gründe für die kurzfristige Einbringung der Vorlage. Das Investitionssteuerungsverfahren sei am vergangenen Freitag abgeschlossen worden; im Sinne des Projekts werde eine möglichst zeitnahe Beschlussfassung angestrebt.

Frau Springhorn stellt das Vorhaben vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der zügige Fortgang des Projekts wird fraktionsübergreifend gelobt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Disterheft erläutert Frau Springhorn, dass die Halle als Schulsporthalle konzipiert sei und für schulische Veranstaltungen, jedoch nicht als Versammlungsstätte, genutzt werden könne. Aus versicherungstechnischen Gründen sei der Wiederaufbau nach gleicher Art und Güte, angepasst auf den neuesten Stand der Technik, vorzunehmen. Ratsherr Disterheft bittet um Mitteilung der Mehrkosten bei Ertüchtigung zu einer Versammlungsstätte. Stadtbaurat Leuer sagt eine überschlägige Prüfung zu.

Ratsherr Kubitzka thematisiert den Einsatz von Photovoltaik-Technik auf dem Dach der Sporthalle. Frau Springhorn erläutert, dass hiervon aufgrund der Himmelsausrichtung und der nicht für Photovoltaik zugelassenen Dachdeckung aus wirtschaftlichen Gründen Abstand genommen wurde. Mit der auf dem Dach der Nebenräume vorgesehenen Photovoltaik-Anlage werde sowohl der EnEV-Nachweis erbracht als auch der Strombedarf der Halle gedeckt.

Stadtbaurat Leuer erläutert auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn die Unterschiede zum kostengünstigeren Sporthallen-Projekt in Wendeburg. Auch wenn beide Vorhaben im Wesentlichen deckungsgleich seien, seien durch die jeweilige örtliche Lage andere Rahmenbedingungen gegeben, die sich auch in den Kosten niederschlagen. Die Halle in Lehndorf liege insbesondere in einem Wohngebiet, womit höhere Anforderungen an den Lärmschutz, die EnEV etc. verbunden seien. Darüber hinaus liege eine schwierige Bodenbeschaffenheit vor und der erforderliche Abriss sei zu berücksichtigen. Neben den individuellen örtlichen Bedingungen sei bei konzeptionellen Duplizierungen grundsätzlich zu beachten, dass sich unter Umständen zwar kleinere Vorteile bei den Planungskosten ergeben können, die Ausführungskosten hiervon in der Regel jedoch nicht beeinflusst werden.

Stadtbaurat Leuer erläutert auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn, dass in den vorliegenden Kosten im Vergleich zur vorhergehenden Kostenschätzung auch Abrisskosten enthalten seien.

Beschluss:

„Dem Investitionsvorhaben Neubau der Schulsporthalle Lehndorf wird gemäß den Plänen vom 08.07.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 18.07.2016 auf insgesamt 4.882.600 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 1

6. Anfragen

6.1. Mündliche Anfragen

6.1.1. Ratsherr Dr. Plinke greift das Thema Naturborde und deren nachträgliche Bearbeitung, wie z.B. am Leonhardplatz erfolgt, auf und fragt nach den dabei gemachten Erfahrungen sowie an welchen Stellen ggf. weitere Anpassungen geplant seien. Herr Benscheidt wird die Beantwortung nachreichen.

6.1.2. Bürgermitglied Steinert weist darauf hin, dass stadtwweit viele Verkehrsschilder verschmutzt und zugewachsen seien. Herr Benscheidt wird dies an die BELLIS GmbH weiterleiten. Konkrete Einzelhinweise können auch über die Service-Nummern der BELLIS GmbH oder des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr gemeldet werden.

6.1.3. Ratsherr Jenzen fragt nach dem Nachnutzungskonzept für das Nordbad einschließlich des Nebengebäudes. Stadtbaurat Leuer bittet, dies zuständigkeitshalber im nächsten Sportausschuss zu thematisieren.

6.1.4. Ratsherr Jenzen fragt vor dem Hintergrund der an der Grundschule Waggum aufgestellten Container, ob für das zum Abriss stehende dortige Hausmeistergebäude eine Nachnutzung geprüft worden sei.

Protokollnotiz:

Im Verhältnis zur Errichtung von Containern (rd. 2.050 €/m²) ist die Herrichtung der Hausmeisterwohnung (rd. 2.860 €/m²) nicht wirtschaftlich.

6.1.5. Ratsherr Bosse fragt nach dem Hintergrund der aktuellen Baumaßnahme auf der Hauptstraße in Wenden, Richtung Veltenhöfer Straße.

Protokollnotiz:

Es handelt sich um eine Baustelle der BS|Netz an einer Gasleitung im Zeitraum vom 19. bis 23. September 2016.

6.1.6. Bürgermitglied Nordheim weist darauf hin, dass die Straßenlaterne an der Verkehrsinsel im Bereich der Fahrbahnteilung am Kalenwall nachts nicht eingeschaltet sei. Der Hinweis wird entsprechend überprüft.

6.1.7. Bürgermitglied Nordheim bittet um Überprüfung des Zugangs zur Lokalität auf dem Dach des Gebäudes Kalenwall 3-4; das Geländer der Wendel-Außentreppe sei äußerst niedrig.

Protokollnotiz:

Für die Treppe einschließlich Geländers mit erforderlichen 0,90 m Geländerhöhe liegt eine baurechtliche Genehmigung vor. Ausweislich einer Ortsbesichtigung beträgt die Geländerhöhe durchgängig 1,03 m.

6.1.8. Bürgermitglied Nordheim fragt nach dem Sachstand zu den Baken am Waisenhausdamm. Herr Benscheidt berichtet, dass die Abstimmung mit den verschiedenen Beteiligten noch andauere, jedoch möglichst zeitnah abgeschlossen werden soll.

6.1.9. Ratsherr Disterheft spricht die Nutzerbeschränkung des Rokoko-Pavillons in Stöckheim an. Er bittet um Prüfung von Alternativen bzw. Mitteilung der erforderlichen Maßnahmen, um die volle Nutzbarkeit wiederherzustellen. Die Bereitschaft hierfür sei bei den Beteiligten vorhanden.

Protokollnotiz:

Es wird auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 16-02876-01 „Nutzung des Rokokopavillons“ Bezug genommen. Mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Personenzahl werden zurzeit geprüft.

Protokollnotiz: Ratsherr Sommerfeld verlässt um 16:31 Uhr die Sitzung.

6.1.10. Ratsherr Disterheft fragt nach dem weiteren Fortgang zum Feuerwehrhaus Harxbüttel. Er bittet in diesem Zusammenhang außerdem um Darlegung des Abarbeitungsstands zu den FUK-Mängeln der Feuerwehrhäuser und Mitteilung der noch anstehenden Maßnahmen.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Nordheim verlässt um 16:32 Uhr die Sitzung.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass ein entsprechender Überblick vorbereitet und das erbetene Feedback gegeben werde. Entsprechende Nachfragen seien zwar nachvollziehbar, er bittet jedoch, diese auch in den Gesamtkontext einzuordnen. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement habe durch die Flüchtlingsthematik ein nahezu verdoppeltes Investitionsvolumen abzuwickeln; hinzu kämen nicht unerhebliche Haushaltsreste. Die Bearbeitung erfolge nach Prioritäten. Dies werde sich auch auf das kommende Jahr erstrecken. Es werde versucht, für alle Maßnahmen eine möglichst gute Lösung zu finden, die Priorität liege jedoch zuerst auf den sicherheitsrelevanten und förderungsfähigen Maßnahmen sowie auf der Nutzung möglicher Effizienzgewinne.

6.1.11. Bürgermitglied Steinert bedankt sich für die Sanierung des Bahnübergangs in Kralenriede.

6.1.12. Ratsherr Kühn berichtet über ein um 180 Grad gedrehtes Verkehrsschild mit frei beweglichem Pfosten und fragt, wer für eine entsprechende Mängelbehebung und Kontrolle zuständig sei. Herr Benschmidt bestätigt, dass die Zuständigkeit bei der BELLIS GmbH liege.

Die Sitzung endet um 16:45 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Hellemann
- Schriftführung -